
FORUM: Die Arbeit und ihre Zukunft

Christel Eckart: Keine Angst vor der Feminisierung der Arbeit Es kommt darauf an, was wir daraus machen

Prof. Dr. Christel Eckart, geb. 1945 in Hanau, Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Politikwissenschaft in Marburg und Frankfurt/M., lehrt Soziologische Frauenforschung an der Universität Gesamthochschule Kassel

„Was könnte verhängnisvoller sein, als die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht, die einzige Tätigkeit, auf die sie sich versteht?“ Hannah Arendt, Philosophin und politische Theoretikerin, hat diese in letzter Zeit häufig zitierte polemische Frage in ihrem 1958 veröffentlichten Buch „Vita activa oder Vom tätigen Leben“ unter dem Eindruck der Debatte um die Automatisierung in den USA gestellt. Sie hat sie verbunden mit der pessimistischen Feststellung, dass „diese Gesellschaft ...kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten (kennt), um derentwillen die Befreiung sich lohnen würde.“ Und: „Innerhalb dieser Gesellschaft, die egalitär ist, weil dies die der Arbeit angemessene Lebensform ist, gibt es keine Gruppe, keine Aristokratie politischer oder geistiger Art, die eine Wiedererholung der Vermögen des Menschen in die Wege leiten könnte.“

Keine Aristokratinnen und im Allgemeinen nicht als Vertreterinnen höherer Tätigkeiten geschätzt, wohl aber zuweilen in ihrem „weiblichen Tun“ idealisiert, haben Frauen immer wieder gegen dieses monolithische Verständnis gesellschaftlicher Bedeutsamkeit heftigen Widerspruch erhoben. Sie haben Männer vor den Verlusten solch eindimensionaler Orientierungen gewarnt, auch aus eigennützigen Gründen, weil sie, die Frauen, umso mehr für die Kompensationen dieses reduzierten Lebens erhalten sollten. Und sie haben immer wieder Worte und Wege gesucht, um ins Verhältnis zu setzen, was die ökonomische Rationalität des Kapitalismus auseinander gerissen hat.

Marianne Weber („Die Frau und die objektive Kultur“) formulierte 1918 in den Worten ihrer Zeit Probleme und Programme der „Vereinbarkeit persönlichen weiblichen Lebens mit sachlichem Tun“, die außer im Vokabular an Aktualität nichts eingebüßt hat: „Ermöglichung mannigfaltiger elastischer Formen sachlichen Wirkens neben Erfüllung der Gattungspflichten, Ermöglichung eines innerlich befriedigenden Nacheinanders sachlicher und persönlicher Leistungen, wie schließlich Befriedigung und Entfaltung der alleinbleibenden Frau am sachlichen Tun - das sind die großen, mühevollen, aber erfüllbaren Kollektivaufgaben, welche unser Zeitalter der Frau auferlegt.“ Und sie verlangt diese Anstrengungen verhalten aber deutlich auch von den Männern: „Nicht die Frau allein ist für die Vollkommenheit des Seins verantwortlich, auch der Mann ist bestimmt, außer seinen Werken dem Leben zu dienen, sich selbst zu vollenden. Wird ihm dies gegenüber den Forderungen

des Objektiven schwerer als ihr, nun, so ist ihm in der Sphäre des Persönlichen mehr als ihr nachzusehen, aber von dem Streben, auch hier das Vollkommene zu erreichen, kann er deshalb nicht dispensiert werden.“

Der „Geist des Kapitalismus“, den ihr Gatte Max Weber hingebungsvoll beschrieben hat, „zerschnitt das Band zwischen Arbeit und Bedürfnis.“ Das sagt Andre Gorz. Unter den Tisch der scharfsinnigen Analysen von kapitalistischem Geist und Arbeit fällt, dass sich Frauen tagtäglich um die elementarsten menschlichen Bedürfnisse kümmern. Gegen die vorherrschende Rede im rationalen Kalkül der Arbeitsökonomie werden sie zu Sprecherinnen für die abgedrängten Wünsche und Bedürfnisse. In dieser beunruhigenden Rolle werden sie idealisiert oder als Botinnen irritierender Nachrichten beiseite geschoben. Beides verhindert, dass Bedürfnisse und Wünsche nach Zuwendung, verlässlichen emotionalen Bindungen, nach Anerkennung der eigenen Bedürftigkeit und Verletzlichkeit als Motiv der politischen Diskussion um Arbeitsverhältnisse laut und deutlich werden.

Ein Recht, sich solche Bedürfnisse zu erfüllen, kann keine Politik garantieren, sehr wohl aber kann es ihr Ziel sein, die Möglichkeiten zu öffnen und zu sichern, diese Bedürfnisse zu verfolgen. Sie müssen zum Ausdruck gebracht werden, damit Ansprüche formuliert werden, die gegen die von politischen und ökonomischen Interessen definierten Bezugsrahmen wie „betriebliche Erfordernisse“, „Standort“ und „Globalisierung“ gesetzt werden. Andere Bezugsrahmen müssen im politischen Streit ebenso deutlich formuliert werden. Es braucht Zeit und Raum und Austausch, sich darüber zu verständigen und politischen Mut, darüber zu sprechen. Wofür wollen Menschen mehr Zeit haben? Welchen Tätigkeiten, Erfahrungen, Genüssen wollen sie sich widmen? Nur mit diesen eigenen Vorstellungen ist eine kreative Politik zu machen, die mehr ist als Mathematik, mit der abstrakte Arbeitsstunden in Arbeitsplätze verrechnet werden. Die Gewerkschaften als demokratische Institutionen haben darauf zu achten, dass sie zur Erweiterung des politischen Ausdruckvermögens beitragen, die Vorstellungskräfte anregen, anstatt sie den Marktzwängen zu unterwerfen. Frauen kennen die Erfahrungen, dass ihre politischen Ansprüche, die sie aus ihrem Lebenszusammenhang an die gesellschaftliche organisierte Arbeitswelt stellen, mit dem Hinweis auf die „Sachzwänge“ des Produktionsprozesses und die „Erfordernisse“ des Arbeitsmarktes ins Private beiseite geschoben oder paternalistisch durch Ausnahmeregelungen für ihre „besondere, andere“ Situation im Zaum gehalten werden.

Durch diese Strategien werden Frauen gebremst, doch die von ihnen artikulierten Probleme kommen wieder. Viel politische Phantasie und auch Stärke, in soziale Veränderungen frühzeitig gestaltend einzugreifen, ist dann schon auf der Strecke geblieben. Frauen waren historisch oft mehr oder weniger freiwillige Vorreiterinnen für Verkürzungen der Arbeitszeit - was gestern noch ihre Teilzeitarbeit war, ist heute Normalarbeitszeit - und für Arbeitsschutzregelungen, die auch verallgemeinert werden könnten - etwa

das Nachtarbeitsverbot, das nun aber stattdessen auch für Frauen aufgehoben ist. Doch dass aus den Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen Kriterien zur Verbesserung des sozialen Lebens zu ziehen wären, will das institutionalisierte interessenpolitische Denken nicht wahrhaben. Dabei geht es nicht darum, die Arbeitsverhältnisse von Frauen, so wie sie sind, zum Maßstab zu machen. Die Verbindungen von Lebensbereichen, die Frauen individuell zustande bringen, die Orientierungen an einem sozialen Austausch und einer Lebensweise, die Fürsorge für andere und Rücksicht auf den Körper einschließt, liefern jedoch Kriterien dafür, wie eine humane gesellschaftliche Organisation der Arbeit und eine von Lohnarbeit unabhängige ökonomische Grundsicherung aussehen sollten.

Ein Kriterium für Veränderungen und rechtliche Regelungen ist die Frage, ob und wie sie Männern ermöglichen, wieder in ihre Lebensweise zu integrieren, was sie einseitig bei den Frauen ausgelagert haben. Das sind etwa die verleugneten Voraussetzungen des Normalarbeitsverhältnisses. Das Normalarbeitsverhältnis hat materielle Sicherheit, soziale Anerkennung und sinnhafte Orientierung nur denen versprochen, die sich aus den Tätigkeiten zur Reproduktion und zur alltäglichen Gestaltung menschlichen Zusammenlebens heraushalten. Zur Erosion dieser Normalitätsfiktion hat auch die veränderte Lebensweise von Frauen beigetragen, weil diese immer mehr eine eigene ökonomische Existenzsicherung verfolgen und die Alltagsvergessenheit von Männern immer weniger stützen. So können im politischen Streit um Arbeitszeitregelungen die Interessen von Frauen und Männern in Konflikt geraten. Denn dem Interesse von Frauen, sich zur ökonomischen und sozialen Existenzsicherung auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten, entspricht kein gleich wirksamer sozialer Druck auf Männer, sich an der Reproduktionsarbeit, am Leben mit Kindern und der Fürsorge für andere zu beteiligen. In Krisen, die den Erwerbsarbeitsplatz bedrohen, delegieren Männer die aktive Gestaltung des Familienlebens verstärkt wieder an die Frauen und verfolgen ihre Interessen als stilisierte Familienemähler oder als Berufs-Single. Das zeigen auch die Erfahrungen von Ehepaaren in den neuen Bundesländern. Bilder von einer traditionellen geschlechtlichen Arbeitsteilung werden noch einmal zur Stütze für ein männliches Selbstverständnis herangezogen, das durch berufliche Krisen erschüttert wird. Die Einbindung in den beruflichen Männerbund suggeriert eine Stabilität um den Preis der Selbsttäuschung, als könne man der allgemeinen Erosion traditionell männlicher Lebensweisen entgehen.

Emanzipation macht Angst. Auch freiwillig Wege jenseits traditioneller, gewohnter und von sozialen Erwartungen fest gefügter Lebensweisen zu suchen, ist mit Verunsicherungen und zwiespältigen Gefühlen verbunden. „Freude aus Verunsicherung ziehen - wer hat uns das denn beigebracht?“ (Christa Wolf) Der stilisierte Berufsmensch, der nach Kontrolle und Selbstkontrolle verlangt, soziale Rationalisierung, Planmäßigkeit und Überschaubarkeit aller Lebensäußerungen anstrebt, gerät ins Wanken, wenn die beruf-

lichen Stützen seiner sozialen Identität einknicken und Bestärkungen für eine neue Lebensweise im eigenen Umfeld noch fehlen. Aber dieses „Persönliche ist politisch“, und auch Männer müssen sich Foren zum Austausch und zur Selbstvergewisserung dieser Erfahrungen schaffen. Das Nachdenken über die Wünsche, Beziehungen und Selbstbilder, die im Beruf gesucht, aber dort nicht mehr realisiert werden können, öffnet den Blick für notwendige gesellschaftliche Veränderungen, für andere Formen von Arbeit, soziale Beziehungen und sinnvolle Tätigkeiten. Die „Unfähigkeit zur Angst“, die rasche Beschwichtigung der Angst, ohne ihre Gründe genauer zu betrachten, werden dagegen zum Boden für eine Politik, die mit illusionären Versprechungen Sicherheit nach den alten Mustern der Lohnarbeitsgesellschaft vorgaukelt.

Von diesen Überlegungen bis zu konkreten arbeitspolitischen Maßnahmen ist ein weiter Weg. Dessen Richtung aber ist angegeben. Nicht „Die Arbeit und ihre Zukunft“ ist der Wegweiser, sondern Vorstellungen vom lebendigen Zusammenleben von Frauen und Männern. Die Realität der Arbeiten gerät dabei nicht aus dem Blick, vielmehr werden Arbeitsverhältnisse als Geschlechterverhältnisse deutlich, und die verschiedenen Interessen an ihrer Veränderung werden unübersehbar. Die müssen im politischen Streit auf den Tisch, um durch die Unterschiede hindurch zu politischen Maßstäben zu finden, in denen die Gestaltung von Arbeitszeiten, Arbeitsverhältnissen und ökonomischer Sicherung nicht ausschließlich mit Erwerbsarbeit verbunden wird. Hier muss der Hinweis genügen, dass Modelle ökonomischer Grundsicherung, für die Frauen mit der Forderung nach Lohn für Hausarbeit ihre Anstöße gegeben haben, und Vorstellungen zur Besteuerung der Wertschöpfung seit langem diskutiert werden. Aus den Formen der Existenzsicherung, die bisher hauptsächlich Frauen kombiniert haben, können Kriterien für sozialpolitische Regelungen gewonnen werden. Zeitliche Ausstiege aus der Erwerbsarbeit, Versorgungsregelungen in selbstgewählten Solidargemeinschaften, die Anerkennung fürsorglicher Tätigkeiten und die Möglichkeit, soziale Beziehungen aktiv zu pflegen, könnten Leitlinien sein. Die sozialstaatliche Sicherung solcher Wechselprozesse im Interesse der Arbeitenden und die demokratische Gestaltung wechselseitiger Abhängigkeiten und Angewiesenheit von Menschen hätten Vorrang gegenüber der Sicherung eines kontinuierlichen Status als Erwerbstätige.

Vor zehn Jahren haben Frauen auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV gefordert, mit dem Programm der Chancengleichheit von Frauen und Männern ernstzumachen. Darum müsse gewerkschaftliche Politik „vom Leitbild des von der Familienarbeit entlasteten männlichen Arbeitnehmers als Normalarbeiter abrücken. Der Mensch, der für sich, seine Kinder, die Familie materielle und emotionale Reproduktionsarbeit leistet, soll zum Maßstab des Normalarbeitnehmers/der Nonnalarbeitnehmerin genommen werden.“ Der Antrag löste heftige Diskussionen aus, kam aber nicht durch. Das Grundsatzprogramm des DGB von 1996 stellt fest: „Phasen von Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit in der individuellen Lebensbiographie werden das künf-

tige Bild der Arbeitsgesellschaft bestimmen.“ Und: „Der Einsatz der Gewerkschaften wird künftig noch stärker darauf zielen, die Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben tatsächlich zu erreichen.“ Dafür sieht das Programm u.a. vor: „Arbeitszeiten müssen so gestaltet sein, dass Erwerbspersonen mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben nicht aus dem Erwerbsleben gedrängt werden.“ Immerhin ein deutlicher Vorsatz im klassischen Bereich der Gewerkschaftspolitik, der Erwerbsarbeit. Der kommt ohne Rücksicht auf andere Lebensbereiche jedoch nicht aus.

Vor einem Jahr hat Ralf Dahrendorf in einem Interview zum 1. Mai seine Bilder von den Umwälzungen der Arbeitsgesellschaft so skizziert: „Jetzt kommt eine Zeit, in der wir wieder in andere Lebensformen hineinkommen - nicht alle, aber eine wachsende Zahl. Diese Lebensformen werden eher denen ähneln, die Frauen in den letzten Jahrzehnten gekannt haben, als denen der Männer, das heißt, es werden nicht Karrieren sein, sondern Kombinationen von Teilzeitarbeit, gelegentlichen Arbeitsverträgen, von unbezahlter Arbeit und freiwilliger Tätigkeit für den Allgemeinnutzen, von einer ganzen Fülle von Dingen. Das Entscheidende ist: Dieser fundamentale Wandel sollte von der Politik erleichtert und nicht erschwert werden. Hier versagen die Politiker. Ihr Diskurs hält sich völlig in antiquierten Bahnen, während tatsächlich Menschen schon längst auf anderen Wegen sind.“

Als „Menschen, die schon längst auf anderen Wegen“ waren, haben Feministinnen die nun schon über fünfzehn Jahre lang beschworene Dauerkrise der Lohnarbeitsgesellschaft und die von männlichen Erfahrungen geprägte Arbeitsdiskussion um die Perspektiven aus den reflektierten Erfahrungen der Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen erweitert. Deren Konsequenzen können sich Männer in ihrem eigenen Interessen schon längst nicht mehr verschließen. Sie könnten früher von Frauen lernen, wenn sie nicht der Illusion nachhingen, sie könnten ihre Maßstäbe den Frauen doch noch andienen. Daran ungeduldig zu erinnern, ist mehr als „weibliche Sorge für andere“ - es ist wohlverstandener Egoismus, eine Forderung in erster weiblicher Person nach dem Ende hohler männlicher Überheblichkeit. Dann treffen wir uns auf dem Weg zu einer „Kultur der Beziehung.“ Es gibt für die „Wiedererholung der Vermögen des Menschen“ viel zu tun.